

Maßnahmen gegen massive Überlastung der Lehrer/innen an Volksschulen, Mittelschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Schulen in ganz Österreich

Resolution der Bundesleitung 10 der Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer

Viele Politikerinnen und Politiker haben leider den Bezug zu den Menschen und den interessierten Blick auf die Realität verloren. Das ist einer der gravierendsten Gründe für die Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Man übt sich lieber in Aktionismus und Beschwichtigung, statt sich für Rückmeldungen der Betroffenen wirklich zu interessieren und sich an diesen zu orientieren. Ein typisches Beispiel ist der Umgang der Politik mit dem von uns schon lange vorhergesagten Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften und der damit verbundenen Überlastungen der Lehrerinnen und Lehrer mit dramatischen Folgen für alle Betroffenen.

Aus diesem Grund fordert die Bundesleitung 10 die Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene auf, endlich

- wirksame und nachhaltige Maßnahmen gegen fehlendes pädagogisches Fachpersonal einzuleiten,
- die Flut an praxisuntauglichen Reformen und nicht evaluierten pädagogischen Innovationen zu stoppen,
- für alle Pflichtschulen professionelles Unterstützungspersonal (pädagogisch, psychologisch, sozial-emotional, therapeutisch, administrativ und aus dem Gesundheitsbereich) in ausreichender Zahl sowie notwendige Ressourcen in technischer und räumlicher Hinsicht zur Verfügung zu stellen,
- den sonderpädagogischen Förderbedarf mit all seinen Facetten an die realen schulischen Notwendigkeiten anzupassen,
- attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen und eine bessere Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern zu gewährleisten,
- Verwaltung und Bürokratie auf das unbedingt Notwendige zu reduzieren und Bildungsbehörden zu Serviceeinrichtungen für Schulen umzubauen und
- die Ausbildung zukünftiger Kolleginnen und Kollegen an die tatsächlichen schulischen Erfordernisse in allen Sparten anzupassen.

Moderne Bildungssysteme stellen besonders hohe Anforderungen an alle im System befindlichen Pädagoginnen und Pädagogen. Diese sollte man daher auch adäquat unterstützen und ihnen mit entsprechender Wertschätzung begegnen, um sie im System zu halten – meint zumindest die OECD. In Österreich scheint man das noch nicht ausreichend erkannt zu haben.

Die Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer fordert daher alle (bildungs-)politisch Verantwortlichen in unserem Land mit Nachdruck auf, endlich den enormen schulischen Herausforderungen weitsichtig und nachhaltig zu begegnen.

Zur raschen Umsetzung unserer Forderungen behalten wir uns entsprechende gewerkschaftliche Maßnahmen in der gesamten Bandbreite vor!

Paul Kimberger, Vorsitzender

Thomas Krebs, Vorsitzender-Stellvertreter

Dr. Thomas Bulant, Vorsitzender-Stellvertreter

Peter Böhm, Dienstrechtsreferent

Elisabeth Tuma, Besoldungsreferentin

Wien, 4. Juli 2023



Diese Resolution wurde in der Sitzung der Bundesleitung 10 von allen Fraktionen (FCG, FSG, UG) einstimmig beschlossen.